

Neue Leiterin für Spital Wolhusen

Wechsel Der Verwaltungsrat der Luks-Gruppe hat Monika Banz zur neuen alleinigen Standortleiterin des Spitals Wolhusen gewählt. Sie war seit Mai 2023 betriebswirtschaftliche Co-Standortleiterin und übernimmt nun die operative Gesamtverantwortung, nachdem der ärztliche Co-Leiter Richard Herzog Ende Mai planmässig ausgeschieden ist. Monika Banz verfügt über einen Master in Business Administration mit Schwerpunkt Health Economics und arbeitet seit 2016 in verschiedenen Funktionen für das Luks. Mit dieser internen Besetzung setze das Spital im Hinblick auf den geplanten Neubau auf Kontinuität und Erfahrung, heisst es in einer Meldung von gestern.

Gleichzeitig wird per 1. Juli die seit einem Jahr bestehende interimistische Leitung der Klinik für Medizin in Wolhusen in eine definitive Struktur überführt. Der bisherige interimistische Co-Leiter Thomas Orth, der seit 2024 als Leitender Arzt am Standort tätig ist, wird zum Chefarzt Medizin befördert. Der zweite bisherige Co-Leiter Ulf Such, der seit 2023 als Leitender Arzt für Pneumologie und Innere Medizin in Wolhusen wirkt, wird neuer Co-Chefarzt. *(luz)*

Beitragsgesuche einreichen

Strukturförderung Ab dem 1. August können mittelgrosse Kulturbetriebe im Kanton Luzern Gesuche für Strukturförderbeiträge einreichen. Dazu wird das bestehende digitale Gesuchportal der Kulturförderung erweitert, teilt der Kanton Luzern mit. Damit schaffe man ein Förderinstrument für Kulturinstitutionen, welche von besonderer Bedeutung sind und über regional wirken. Die Beiträge werden ab 2027 ausgerichtet. Konkret unterstützt der Kanton wiederkehrende strukturelle und betriebliche Kosten. *(mig)*

Früher Start in die Berufswelt

In Kriens arbeiten 44 Jugendliche dank des Jugendprojekts «Lift» in Betrieben mit – das ist ein Spitzenwert.

Silvio Frei

Es ist ein regnerischer Mittwochnachmittag. Die meisten Schülerinnen und Schüler haben frei, verbringen Zeit mit Freunden oder gehen ihren Hobbys nach. Doch statt mit Kollegen zu gamen, sitzt Layne Surber in einem Zimmer des Krienser Alters- und Pflegeheims Zunacher und bastelt Geburtstagskarten für die Bewohnenden. Schneiden, leimen, falten. Der bald 14-jährige Jugendliche besucht die erste Oberstufe und arbeitet trotzdem bereits einige Stunden pro Woche in einem Betrieb. Wie kommt das?

Die Antwort liefert das Jugendprojekt «Lift» – die Abkürzung steht für «Leistungsfähig durch individuelle Förderung und praktische Tätigkeit». Seit 20 Jahren setzt sich «Lift» dafür ein, Jugendlichen den Einstieg in die Berufswelt zu erleichtern. Bereits in der ersten Oberstufe sollen sie erste Erfahrungen in der Arbeitswelt sammeln. In Kriens stösst das Projekt dabei auf besonders grosses Interesse.

«Im aktuellen Schuljahr nehmen 44 Krienser Schülerinnen und Schüler am Projekt teil – das ist einer der höchsten Werte der Schweiz», sagt Irene Grüter. Sie unterrichtet seit über 20 Jahren am Schulhaus Meiersmatt und ist in der Agglomerationsgemeinde für die Durchführung von «Lift» verantwortlich. «Dass wir so viele Jugendliche begleiten können, verdanken wir den zahlreichen Betrieben, die beim Projekt mitmachen. Auch die Stadt Kriens unterstützt das Projekt finanziell sehr grosszügig. Ohne diese Unterstützung wäre das nicht möglich.» Gemeinsam mit Grüter besuchen wir Layne an seinem Arbeitsplatz.

Kein Ersatz für Schnupperlehren

«Bei «Lift» geht es nicht in erster Linie darum, dass die Jugendli-



Layne Surber absolviert derzeit einen Arbeitseinsatz in den Heimen Kriens, Irene Grüter ist in der Gemeinde für die Durchführung von «Lift» verantwortlich.
Bild: Patrick Hürlimann (Kriens, 10. 6. 2026)

chen ihren Traumjob finden», erklärt Grüter. «Vielmehr sollen sie erstmals mit dem Arbeitsleben in Kontakt kommen.» Die Jugendlichen lernen den Umgang mit Erwachsenen und bauen Berührungängste gegenüber Berufsleuten ab. Gleichzeitig soll ihr Selbstvertrauen gestärkt werden.

Die Arbeitseinsätze sind dabei kein Ersatz für Schnupperlehren, sondern vielmehr eine Vorstufe dazu. Im Gegensatz zu einer Schnupperlehre verbringen die Jugendlichen über mehrere Wochen jeweils am Mittwochnachmittag am gleichen Einsatzort. Dadurch lernen sie die Mitarbeitenden besser kennen und können anfängliche Unsicherheiten abbauen.

In Kriens läuft das Projekt nach einem klaren Ablauf. Jeweils im Herbst wird «Lift» den Schülerinnen und Schülern der 7. Klasse vorgestellt. Wer Interesse hat, muss sich zunächst bewerben. Anschliessend können die Jugendlichen anbieten, für welche Betriebe sie sich interessieren. Im Februar findet ein Informationsanlass für die Eltern statt, bevor im Frühling nach sechs Vorbereitungsnachmittagen und einem Kick-off-Event auf dem Sonnenberg der erste Arbeitseinsatz beginnt.

Während zwölf Wochen arbeiten die Jugendlichen jeweils zwei bis drei Stunden pro Woche in einem Betrieb. In der zweiten Oberstufe folgt im Herbst ein weiterer Einsatz in einem anderen Betrieb.

Die Jugendlichen werden dabei weiterhin schulisch begleitet und tauschen ihre Erfahrungen regelmässig aus. Erst danach rücken die Schnupperlehren in den Mittelpunkt der Berufswahl.

Vorbildwirkung für andere Jugendliche

Wie Zahlen aus dem Jahr 2024 zeigen, konnten 68,3 Prozent der Jugendlichen, die «Lift» absolviert hatten, direkt nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehrstelle antreten. Genau das ist eines der Hauptziele des Projekts: Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen und den Einstieg in die Berufswelt zu erleichtern. Im Kanton Luzern nehmen derzeit 26 Schulen aus 22 Gemeinden am Projekt teil. Und was

hält Layne selbst von «Lift»? «Mir gefällt die Arbeit», sagt er. «Ich lerne verschiedene Berufe kennen und finde heraus, was mir gefallen könnte. Ausserdem bekomme ich zehn Franken für zwei Stunden Arbeit.» Auch sein älterer Bruder habe bereits am Projekt teilgenommen. Das habe ihn zusätzlich motiviert.

Die Vorbildwirkung sei nicht zu unterschätzen, sagt Grüter: «Jugendliche, die «Lift» absolvieren, übernehmen auch eine Vorbildfunktion für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler.» Zudem sei der Stolz am Diplomabend der Jugendlichen und deren Eltern eindrücklich und ein Vorgeschmack für die Lehrabschlussprüfung, oft bereits das erste Mal im Anzug oder festlichen Abendkleid.

Übergangslösung im Schulstreit erreicht

Der Kanton und die Gemeinden einigen sich bei den Raumkosten für 2026 und 2027 auf einen Kompromiss.

Silvio Frei

Verwaltungsgerichtsbeschwerden, verbale Zweihänder, abgelehnte Kompromisse: Im Bildungsbereich hat es zwischen den Luzerner Gemeinden und dem Kanton im vergangenen Jahr ordentlich gekracht (siehe Box). Nun haben sich die Regierung und die Gemeinden auf eine Übergangslösung bei den Standardkosten für Schulliegenschaften für die Jahre 2026 und 2027 geeinigt.

Wie aus einer gemeinsamen Mitteilung des Kantons und des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG) hervorgeht, haben die Verhandlungspartner nun ein «Einigungspaket erarbeitet und einer vorläufigen Übergangslösung im Sinne eines Kompromisses zugestimmt». Diese

Übergangsregelung entspricht grundsätzlich dem Kompromiss, den die Regierung bereits im vergangenen November vorgeschlagen hatte. Damit werden die Gemeinden um 6,45 Millionen Franken entlastet.

Der Betrag teilt sich in 1,45 Millionen Franken Budgetentlastungen und rund 5 Millionen Franken höhere Kantonsbeiträge auf. Dasselbe Vorgehen wird für das Budget 2027 gewählt, wobei die Teuerung berücksichtigt wird und die Auszahlung bereits im ersten Quartal 2027 erfolgt.

Dialog und Lösungsfindung gehen weiter

Ab 2028 soll dann ein neues Modell für die Verteilung der Volksschulkosten eingeführt werden. Dieses wird derzeit unter exter-

ner, neutraler Projektleitung erarbeitet. Dabei werden laut Mitteilung verschiedene, auch neue Ansätze geprüft. «Grundlage bildet eine Validierung der bisherigen Datenbasis durch eine gemischte Arbeitsgruppe.» Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen in das neue Modell einfließen.

Am Grundsatz, dass Kanton und Gemeinden die Kosten der

der Standardkosten pro Lernen, berechnet anhand der Schülerzahlen vom 1. September des Vorjahres.

Für die Raumkosten (Gebäude, Einrichtung etc.) konnte bislang kein einheitlicher Standard festgelegt werden. Eine Arbeitsgruppe fand 2025 keine Einigung. Der Regierungsrat entschied sich deshalb für einen

Volksschule je zur Hälfte tragen, soll festgehalten werden. Im Gegenzug seien die beschwerdeführenden Gemeinden bereit, ihr Beschwerdeverfahren vor dem Kantonsgericht

bis Ende 2026 zu sistieren. «Beide Seiten sind zuversichtlich, eine gut handhabbare und ausgewogene Lösung zu finden», zeigen sich Kanton und VLG positiv gestimmt.

Die Vorgeschichte zum Finanzierungssystem

Seit Januar 2024 gilt im Kanton Luzern ein neues Finanzierungsmodell für Volksschulen: Kanton und Gemeinden teilen sich die Kosten je zur Hälfte. Grundlage bilden Standardkosten, die gemeinsam festgelegt und nach Schulstufe und Kostenblöcken – etwa Unterricht, Verwaltung oder Raumkosten – gegliedert sind. Der Kanton übernimmt die Hälfte

um 15 Prozent gestutzten Mittelwert: Die Gemeinden mit den je zwölf höchsten und niedrigsten Kosten werden bei der Berechnung ausgeschlossen.

Gegen diese Lösung, welche eine Kürzung der Kantonsbeiträge von 12,7 Millionen Franken zur Folge hätte, wehrten sich die Luzerner Gemeinden: Sie sprachen von einem «Ende der

partnerschaftlichen Zusammenarbeit», und sechs Kommunen legten Verwaltungsgerichtsbeschwerden ein. Auch ein Kompromissvorschlag der Regierung stiess auf Ablehnung. Als Reaktion auf den Streit überwies der Kantonsrat ein Postulat, das eine Lösungsfindung unter Einbezug einer externen Begleitung beauftragte. *(sfr)*